

CDUFraktion
im Pinneberger
Kreistag**Nr. 60**

August/Sept. 2023

NewsLetter

Kreistag harmonisch, trotz Frust über die AfD

Am 13. September tagte der Kreistag erstmalig nach der Sommerpause. Der Beteiligung des Kreises Pinneberg an der Ko-Finanzierung des Regionalbudgets Westküste 2024 – 26 in einer Höhe bis zu 100.000 Euro für den Projektzeitraum von 36 Monaten wurde zugestimmt, die Gründung einer kommunalen Wohnungsagentur zur Deckung des Wohnungsbedarfes im Kreis Pinneberg abgelehnt, und die Neu- und Umbesetzungen der Ausschüsse waren Selbstgänger.

Der trotzige Versuch der AfD, Burghardt Schalhorn zum Ausschussvorsitzenden des Jugendhilfeausschusses zu machen, scheiterte erneut. Wie schon im Juni hielt eine überwältigende Mehrheit des Kreistages ihn nicht für geeignet, dieses verantwortungsvolle Amt zu übernehmen. Es ist damit zu rechnen, dass die AfD es in jeder folgenden Kreistagssitzung versuchen wird. Damit beeinträchtigt sie die Arbeitsfähigkeit des Kreistages, aber auch des betreffenden Ausschusses, der nach wie vor über keinen Vorsitzenden verfügt. Ein sinnvolles, sachliches Arbeiten werde dadurch deutlich erschwert, äußerte sich Kreispräsident Helmuth Ahrens sichtlich frustriert. Nahezu alle Kreistage im Land würden durch die AfD negativ beeinflusst. Allein in Stormarn habe der erneute Versuch der AfD, einen ungeeigneten Kandidaten durchzusetzen, zwei Stunden gedauert. Der Rest der Sitzung sei in 40 Minuten abgehandelt worden.

„Die AfD muss einsehen, dass sie zwar selbstverständlich das Vorschlagsrecht für den Posten des Vorsitzenden hat, sie aber dem Kreistag nicht vorschreiben kann, dass ihr Vorschlag bei der Wahl auch eine Mehrheit erhält“, sagt der ehemalige Kreispräsident Burkhard E. Tiemann. Die AfD müsse nur einen akzeptablen Vorschlag unterbreiten. Aus seiner Sicht wären mindestens ein Drittel der 67 Abgeordneten des Kreistages für den Posten geeignet und mehrheitsfähig. Die von der AfD angestrebte Klage, mit der sie den Abgeordneten vorschreiben wolle, wen sie zu wählen hätten, werde ins Leere laufen.



Erfreulicher auch für die Besucherinnen und Besucher waren die Ehrungen von langjährigen Mitgliedern des Kreistages. So wurde Kreispräsident Helmuth Ahrens für 10-jährige Zugehörigkeit zu dem Gremium von seiner 1. Stellvertreterin geehrt. Seine 2. Stellvertreterin wartete bereits mit einer Topfpflanze.

Sogar für 15-jährige Mitgliedschaft im Kreistag wurde CDU-Vorstandsmitglied und der z.Zt. amtierende Jugendhilfeausschussvorsitzende Ortwin Schmidt ausgezeichnet.



Der NewsLetter gratuliert beiden sehr herzlich und wünscht ihnen noch viele Jahre im Kreistag und weiterhin ungebrochene Schaffenskraft.

EDITORIAL



Liebe Leserinnen und Leser,

zunächst einmal möchte ich meiner Hoffnung Ausdruck verleihen, dass alle Abgeordneten und bürgerlichen Mitglieder gesund und gestärkt aus dem Urlaub zurückgekehrt und voller Energie die anstehenden Aufgaben und Herausforderungen anzugehen bereit sind.

Da fast den ganzen August über Ferien waren und der Kreistag gar nicht und nur wenige Ausschüsse tagten, hat es keine August-Ausgabe gegeben, dafür aber jetzt einen NewsLetter für August/September. Dabei ist zu sagen, dass der Kreistag am 13. September inhaltlich nicht kontrovers war. Die anstehenden Beschlüsse sind fast einvernehmlich gefasst worden mit Ausnahme des Antrages zur kommunalen Wohnungsagentur, über den dieser NewsLetter auf Seite 3 berichtet.

Einmal mehr musste der Kreistag sich aber mit den Personalanträgen der AfD befassen, die immer wieder viel Zeit und Energie kosten. Bleibt zu hoffen, dass deren Abgeordnete zeitnah zu der Einsicht gelangen, dass für den verantwortlichen Posten eines Ausschussvorsitzenden oder eines Stellvertreters geeignete und wählbare Persönlichkeiten vorgeschlagen werden müssen.

Mit herzlichen Grüßen

Britta Krey
Stellv. Fraktionsvorsitzende

Verabschiedung aus dem Kreistag

Am 7. September verabschiedete Kreispräsident Helmuth Ahrens in der Drostei zahlreiche Kreistagsabgeordnete in den „Ruhestand“. Manfred Kannenbäumer und Hiltraud Ritter wirkten viele Jahre als Kreistagsabgeordnete, beide auch als stellv. Fraktionsvorsitzende.



Für Birte Glißmann und Martin Balasus (unten Mitte und rechts, links Kerstin Seyfert – langjährige SKS-Vorsitzende) gilt „Ruhestand“ nur bedingt. Beide sind mittlerweile Mitglieder des schleswig-Holsteinischen Landtags.



Volker Claaßen und Burkhard E. Tiemann (29 Jahre als Abgeordneter) stehen der CDU-Fraktion weiterhin als bürgerliche Mitglieder zur Verfügung.



CDU bezieht Stellung zum Taxistreit

Eines der beherrschenden Themen im September dreht sich – selten genug in der Kreispolitik – um die Insel Helgoland.

Normalerweise dürfen hier keine Autos fahren. Zur Erleichterung älterer und gehbehinderter Menschen, aber auch zur Unterstützung des Tourismus auf der Insel gibt es eine Sondergenehmigung für drei Taxis, die auf Helgoland fahren dürfen.

Nun aber bezweifelt der Kreis Pinneberg die Rechtmäßigkeit der Genehmigung, obwohl sie seit fast 2 Jahrzehnten immer wieder von ihm erneuert worden sei, so der Betreiber Heiko Ederleh. Dieser sollte bis zum 28. September eine Stellungnahme abgeben, was er allerdings ablehnt. Für ihn ergebe sich keine neue Situation. Dass er plötzlich kostspielige Taxameter in seine drei Taxis einbauen lassen soll, könne er nicht nachvollziehen. Denn Fahrten nach dem im Kreis Pinneberg geltenden Taxitarif würden sich für ihn nicht rechnen, da es kaum Strecken auf Helgoland gebe, die länger als 1 km seien.

Der Einbau der Taxameter würde Beträge von 10.000 bis 15.000 Euro erforderlich machen. Dazu müssten die Fahrzeuge auf das Festland geschafft werden, um den Einbau zu vollziehen. Sollte der Kreis auf seinen Forderungen beharren, könnte es ab Oktober keinen Taxibetrieb auf der Insel mehr geben.

Jedenfalls hat Ederleh auf Facebook angekündigt, dass er seinen "Taxidienst auf Helgoland wohl einstellen" werde. Paragrafen seien dem Kreis wohl wichtiger als das Wohl der Menschen, insbesondere Älterer und Kranker, die oft nicht wüssten, wie sie sonst wichtige Besorgungen oder Arztbesuche bewältigen sollten, so Ederleh im Gespräch mit dem Newsletter.

In einem Schreiben des Kreises heiße es, dass „Taxis mit einem beleuchteten Fahrpreisanzeiger ausgerüstet sein müssten“. Bisher brauchte der Helgoländer Taxibetrieb dies nicht, da er laut Ederleh eine Ausnahmegenehmigung vom Kreis Pinneberg habe, in der es heißt, das "Taxi braucht nicht mit einem Fahrpreisanzeiger ausgerüstet zu sein."

Frust erzeuge bei ihm, dass sowohl die Befreiung von der Pflicht, Taxameter in den Fahrzeugen zu haben als auch die Forderung danach vom Kreis komme.

Solle dieser auf seinen Forderungen bestehen, wolle Ederleh Ende des Monats den Taxibetrieb aufgeben. Seine drei Autos wolle er dann verkaufen.

Die CDU-Kreistagsfraktion hat zu der verfahrenen Situation einen Dringlichkeitsantrag an den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Sicherheit und Ordnung gestellt, da dieser noch vor Ablauf der Frist durch den Kreis tagte. Allerdings ist dieser nicht der zuständige Ausschuss. Da nach Rücksprache sowohl mit dem Kreis als auch mit dem Land die Frist nicht entscheidend sei, hat die CDU den Antrag zurückgezogen und das Thema nun im zuständigen Wirtschafts- und Verkehrsausschuss auf die Agenda setzen lassen.

In folgender Pressemitteilung hat die CDU-Fraktion sich öffentlich positioniert:

CDU zum Taxistreit auf Helgoland

Zur Bereinigung der verfahrenen Situation im Streit zwischen dem Kreis Pinneberg und dem Helgoländer Taxi-Unternehmer Heiko Ederleh bringt sich jetzt die CDU-Kreistagsfraktion ein. „Auch wenn Ederleh SPD-Mitglied ist, versuchen wir zu helfen“, so Sven Kruse, für Helgoland zuständiger Kreistagsabgeordneter der CDU und Initiator eines Dringlichkeitsantrages an den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Sicherheit und Ordnung. „Wir wollen keine Extrawurst für das Unternehmen. Wir wollen den Menschen auf Helgoland helfen, Älteren und Kranken, die für Arztbesuche und andere Notwendigkeiten auf das Taxi angewiesen sind“, erklärt Dr. Tobias Löffler, Fachsprecher der CDU-Fraktion.

Wie die Medien bereits ausführlich berichteten, betreibe Ederleh das Taxi-Unternehmen auf der ansonsten autofreien Insel seit mehr als 20 Jahren mit einer Ausnahmegenehmigung des Landes, die seitdem immer wieder vom Kreis verlängert worden sei. Jetzt aber solle die Firma Taxameter in ihre Autos einbauen und die auf dem Festland üblichen Fahrtarife erheben. Das würde sich aber für das Unternehmen nicht mehr rechnen. Bis zum 28. September solle es Stellung nehmen. Danach drohe ein Ende für den auf Helgoland wichtigen Service. Deshalb habe die CDU nun mit einem Dringlichkeitsantrag reagiert. Ohne viel Bürokratie solle jede Einzelfahrt 6 Euro pro Person und jedes Gepäckstück mit Ausnahme von Handgepäck 1 Euro kosten. Das sei der aktuelle und seit langem erhobene Fahrpreis auf der Insel.

Der Erhalt eines Taxibetriebes auf Helgoland ist dringend erforderlich, da es keine öffentlichen Verkehrsmittel gibt und Touristen, insbesondere aber gehbehinderte und kranke Menschen auf der Insel sonst unzumutbar benachteiligt wären, sagt Sven Kruse. Er hofft auf Unterstützung durch die anderen Fraktionen und Einsicht bei der Kreisverwaltung.

Justus Schmitt: Es braucht keine kommunale Wohnungsagentur

Der einzige Tagesordnungspunkt der Kreistags-Sitzung am 13. September, der außer den Personalwahlen inhaltlich diskutiert wurde, war der SPD-Antrag zum Thema „Gründung einer gemeinnützigen kommunalen Wohnungsagentur zur Deckung des Wohnungsbedarfes im Kreis Pinneberg. Der Antrag wurde, wie schon im Fachausschuss abgelehnt.

Dazu sprach Justus Schmitt, fachpolitischer Sprecher der CDU für Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und Senioren:

Mit ihrem Antrag macht die SPD-Fraktion auf eine Problematik aufmerksam, die uns außerordentlich beschäftigt: Im Kreis Pinneberg herrscht seit Jahren ein Mangel an Wohnraum, insbesondere auch an bezahlbarem Wohnraum.

Diese Herausforderung gilt es dringend zu bewältigen. Der heutige Antrag lässt jedoch, nachdem er bereits im Sozialausschuss im Februar keine Mehrheit gefunden hat, einiges an tatsächlichem Lösungswillen für das eigentliche Problem vermissen.

Fakt ist doch: Durch die Gründung einer kommunalen Wohnungsagentur wird der Wohnungsbedarf keineswegs gedeckt, wie der Titel des Antrags vermuten lässt. Richtig ist doch vielmehr: Es würde keine einzige neue Wohnung aufgrund der Gründung dieser Agentur gebaut werden.

Die Vorteile für potenzielle Mieter durch die zu gründende Agentur soll gemäß dem Antrag darin liegen, dass sie die Möglichkeit bekommen, kostengünstigen und passgenauen Wohnraum zu mieten. Woher soll dieser Wohnraum denn kommen? Der taucht ja nicht einfach aus dem Nichts auf, weil man mit zusätzlichem Bürokratieaufwand einzelne Träger, Vermieter, Energieversorger und Hausverwalter kommunal bündelt.

Die Versorgung aus einer Hand soll zudem gemäß dem Antrag ein großer Vorteil sein, da sie Vermietern bei auftretenden Problemen Entlastung schaffen soll, zum Beispiel durch die Sicherstellung der Mietzahlungen. Aber ich frage Sie: Wer stellt denn sicher, dass dann im nächsten Schritt der kommunalen Wohnungsagentur die Miete gezahlt wird?

Menschen, die die finanzielle Unterstützung unserer Solidargemeinschaft tatsächlich benötigen, erhalten sie auf Antrag auch von den leistungsgewährenden Stellen unseres Staates. Warum man dann über Untermietverhältnisse eine weitere Verwaltungsebene zwischen Vermietern und eigentlichen Mietern einziehen muss,

ist uns unverständlich und wäre ein weiteres fatales Zeichen für überbordende Bürokratie.

Eine kommunale Wohnungsagentur soll gemäß Ihrem Antrag zudem Menschen in wirtschaftlichen Notsituationen bei der Erhaltung und Beschaffung von Wohnraum beraten. Dass diese Unterstützung gerade für Menschen sinnvoll ist, die sozial und finanziell in Not geraten sind und eine Wohnung erhalten oder beschaffen müssen, bleibt unbestritten. Es sei jedoch an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass bereits soziale Wohnraumhilfen auch für den Kreis Pinneberg über verschiedene Träger organisiert werden und sich die Notwendigkeit eines staatlichen Zusammenschlusses nicht unbedingt aufdrängt, wenn diese Angebote bereits niedrigschwellig direkt verfügbar sind.

Welchen Mehrwert die Einbindung von leistungsgewährenden Stellen der Kommunen und des Kreises im Übrigen, über die ganz klar verteilten und vorgegebenen Zuständigkeiten dieser Stellen hinaus erbringen würde, ist uns nicht ersichtlich.

Und darüber hinaus muss eben auch festgehalten werden: Es sind nicht nur die Menschen, die sich in sozial und finanziell herausfordernden Situationen befinden, die keine Wohnung finden. Der aktuelle Wohnungsmarkt weist ganz grundsätzlich keine Verfügbarkeiten auf, unabhängig davon, ob eine Mieterin oder ein Mieter auf Leistungen des Staates angewiesen ist oder eben nicht.



Justus Schmitt, fachpolitischer Sprecher der CDU für Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und Senioren

Ich komme nun zum entscheidenden Lösungsansatz, den dieser Antrag leider vermissen lässt. Diesen Ausblick möchte ich dennoch geben, um zu signalisieren, wie wir tatsächlich die Herausforderung des knappen Wohnraums im Kreis Pinneberg lösen können. Es klingt banal, aber

ich sage es Ihnen trotzdem:

Bauen, Bauen, Bauen. Um den angespannten Wohnungsmarkt zu entlasten, muss schlicht mehr Wohnraum geschaffen werden.

Bauland und dringend benötigten Wohnraum schaffen, das ist für Kommunen selbstredend nicht immer einfach, weil gerade Grundstücke oder mögliche Bauplätze fehlen, beziehungsweise nicht für den Wohnungsbau genutzt werden. Die schleswig-holsteinische Landesregierung hat in diesem Jahr dankenswerterweise per Rechtsverordnung Städte und Gemeinden im Land identifiziert, in denen ein angespannter Wohnungsmarkt vorherrscht. Darunter sind auch 13 Kommunen des Kreises Pinneberg.

Eine Betrachtung für das gesamte Kreisgebiet, wie Sie es im Antrag schreiben, wurde daher durch das Land schon vorgenommen. Die Handlungsempfehlung, die daraus folgte, war dann jedoch nicht, dass sich alle nochmal zur Konzeptionierung zusammensetzen.

Städte und Gemeinden, die in der Verordnung aufgelistet sind, haben seit Februar die Möglichkeit, ihr gemeindliches Vorkaufrecht auf brachliegende Grundstücke auszuweiten, bei dringendem Bedarf der Bevölkerung Baugebote zur Wohnbebauung auszusprechen und Bebauungspläne zugunsten des Wohnungsbaus von Beschränkungen zu befreien.

Und dann, weil Sie im Antrag beispielhaft den Landkreis Nordfriesland nennen, sei noch gesagt: Der Wohnungsmarkt im Kreis Pinneberg lässt sich wohl nur mit dem in Nordfriesland vergleichen, wenn man beide Augen zudrückt. Aufbauend auf Zahlen des Statistikamtes Nord hat das Institut der deutschen Wirtschaft analysiert, dass in Nordfriesland 2020 mehr als doppelt so viele neue Wohnungen gebaut wurden, wie benötigt. Hier befürchtet das Institut, dass bis 2025 sogar fünf Mal so viele Wohnungen entstehen werden wie benötigt. Die Folge wäre ein flächendeckender Leerstand. Wir haben im Kreis Pinneberg eine absolut gegenläufige Entwicklung, weshalb sich nur schwerlich Vergleiche zu Nordfriesland ziehen lassen.

Es sollte vielmehr Aufgabe des Kreises Pinneberg sein, die Kommunen bei der Schaffung des dringend benötigten Wohnraums, insbesondere auch des bezahlbaren Wohnraums, wo es möglich ist, zu unterstützen und sie zu motivieren, entsprechende Baugrundstücke zu benennen und die notwendigen Planverfahren in Gang zu setzen.

Dafür braucht es jedoch keine kommunale Wohnungsagentur.

Happy Birthday

Der NewsLetter gratuliert nachträglich den Schmidts sehr herzlich zum Geburtstag:

Ortwin Schmidt

Stellv. Fraktionsvorsitzender und fachpolitischer Sprecher für Jugendhilfe und

Stephan Schmidt

fachpolitischer Sprecher für Schule, Sport und Kultur

Der NewsLetter wünscht ihnen Glück im privaten wie auch im beruflichen und politischen Bereich sowie Gesundheit und Zufriedenheit.

Ehemalige Kreispräsidenten im Kreis Pinneberg

Einmal jährlich kommen die ehemaligen Kreispräsidentinnen und Kreispräsidenten in Schleswig-Holstein nach den Sommerferien zusammen. In diesem Jahr lud der Kreis Pinneberg ein, und 11 Altpräsidenten aus 9 Kreisen nahmen die Einladung an.



Burkhard E. Tiemann, von 2003 bis 2018 Kreispräsident, hatte gemeinsam mit seinem Amtsnachfolger Helmuth Ahrens und Landrätin Elfie Heesch ein interessantes Programm vorbereitet: Los ging es im Kreishaus in Elmshorn, wo Ahrens und Heesch Informationen über Kommunalpolitik und Verwaltung des Kreises Pinneberg gaben. Danach besuchte die Delegation die Schleswig-Holstein Netz AG, wo sie vom Vorstand einen Einblick in die aktuelle Energiesituation des Landes Schleswig-Holstein erhielt. Anschließend wurde sie im Quickborner Rathaus von Bürgermeister Thomas Beckmann (FDP), Bürgervorsteherin Annabell Krämer (FDP) sowie von Stadtrat Eicke Kuhrcke (CDU) empfangen. Dieser begleitete die Besuchergruppe dann ins Himmelmoor, 10.000 Jahre altes und größtes Hochmoor Schleswig-Holsteins, wo die Gruppe eine Führung vom 2. Vorsitzenden des Fördervereins, Theodor Hildebrecht erhielt.



Stadtrat Eicke Kuhrcke und B. E. Tiemann genossen mit 10 weiteren Altpräsidenten das strahlende Sommerwetter.

Verabschiedung aus dem Landkreistag

Am 8. September verabschiedete der neu gewählte Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landkreistages, Landrat Dr. Henning Görtz (CDU) in Anwesenheit von Landtagspräsidentin Kristina Herbst (CDU) und Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) neben dem langjährigen Vorsitzenden Reinhard Sager (CDU) und seinem Stellvertreter Ingo Degener (SPD) auch 9 verdiente Mitglieder, darunter 5 ehemalige Kreispräsidenten.



Gesondert geehrt wurde Burkhard E. Tiemann für 20-jährige Mitgliedschaft im Landkreistag und 5 Jahre im Vorstand - auf dem Foto (oben) mit Ministerpräsident Daniel Günther und seiner Wahlkreisnachfolgerin Jennifer Drews.

Ganz unten mit dem neu gewählten Präsidenten des Landkreistages Dr. Henning Görtz.



TERMINE Oktober 2023:

Donnerstag, 05.10.2023, 18.00 Uhr:

Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und Senioren
Elmshorn, Kreishaus

Samstag, 07.10.2023, 09.30 Uhr:

Klausurtagung Nachtragshaushalt 2023/24
Hotel Bokel-Mühle, Neel-Greve-Str. 2, 25364 Bokel

Montag, 09.10.2023, 19.00 Uhr:

Sitzung des erweiterten CDU-Fraktionsvorstandes,
Videokonferenz

Dienstag, 10.10.2023, 18.30 Uhr:

Sitzung des Finanzausschusses
Sitzungsraum Heinr.-Hertz-Str. 32, 25336 Elmshorn

Dienstag, 10.10.2023, 18.30 Uhr:

Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Regionalentwicklung und Verkehr,
Elmshorn, Kreishaus

Mittwoch, 11.10.2023, 16.30 Uhr:

Sitzung des Hauptausschusses,
Elmshorn, Kreishaus

Mittwoch, 11.10.2023, 19.00 Uhr:

Sitzung der CDU-Fraktion,
Elmshorn, Kreishaus

Donnerstag, 12.10.2023, 17.00 Uhr:

Sitzung des Jugendhilfe-Ausschusses
Kreishaus Elmshorn

Donnerstag, 12.10.2023, 18.30 Uhr:

Sitzung des Ausschusses für Schule, Sport u. Kultur
Elmshorn, Raboisenschule

16. – 27.10.2023: HERBSTFERIEN

Der NewsLetter wünscht frohe Ferien und gute Erholung!

Montag, 30.10.2023, 19.00 Uhr:

Sitzung des erweiterten CDU-Fraktionsvorstandes,
Videokonferenz

IMPRESSUM

Herausgeber: Der Vorstand der CDU-Fraktion im Pinneberger Kreistag

Redaktion/Produktion: Burkhard E. Tiemann

Fotos: CDU, B. E. Tiemann, Kr. Pinneberg, A. Waßong, J. Drews, M. Kaddatz, T. Hauwetter, E. Kuhrcke

Redaktionsadresse:

CDU-Kreisgeschäftsstelle

Rübekamp 72 | 25421 Pinneberg

Tel.: 04101 / 22927 | Fax: 04101 / 591761

Email: b-e-t@gmx.de

www.cdu-kreistag-pinneberg.de